



# LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 11. März 2019

## Protokoll

### über die 15. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages

#### -öffentlicher Teil-

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Montag, 04.03.2019
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:52 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

---

#### Teilnehmerinnen/Teilnehmer

##### Landrätin

Steinbrügge, Christiana

##### CDU-Fraktion

Fricke, Dietmar

Glier, Andreas

Großer, Elke

Stellv. Vorsitzende Kreistag

Hantelmann, Klaus

Kanter, Heike

Koch, Manfred

Lagosky, Uwe

Vorsitzender CDU

Löhr, Norbert

Oesterhelweg, Frank

Plumeyer, Henning

Schäfer, Uwe

Stellver. Landrat

von Veltheim, Alexander

Wolff, Michael

##### AfD-Fraktion

Barnstorf-Brandes, Jürgen

Nieder, Achim

Pastewsky, Jürgen

Vorsitzender AfD

Wolfrum, Manfred, Dr.

##### GRÜNE-Fraktion

Barkhau, Holger

Vorsitzender GRÜNE

Dette, Ehrhard

Stellv. Vorsitzender Kreistag

Gerndt, Reinhard, Dr.

Nagel, Hilmar

Wagner-Judith, Christiane

Stellver. Landrätin

**FDP-Fraktion**

Fach, Thomas  
Försterling, Björn

Vorsitzender FDP

**DIE LINKE-Fraktion**

Schulz, Hartmut  
Stoppok, Arnfred

Vorsitzender DIE LINKE

**SPD-Fraktion**

Albinus, Martin  
Bosse, Marcus  
Deitmar, Reinhard  
Eichenlaub, Joachim  
Ganzauer, Oliver  
Hensel, Falk  
Koch, Harald  
Märtens, Julian  
Meyn, Lennie  
Naumann, Ruth  
Resch-Hoppstock, Sabine  
Sandte, Michael

ab TOP 5.1

Vorsitzender Kreistag  
Vorsitzender SPD

Stellver. Landrat

**Verwaltung**

Beddig, Heiko

Erster Kreisrat

**Von der Verwaltung**

Klooth, Kathrin  
Retzki, Bernd  
Schillmann, Claus-Jürgen  
Wilhelm, Andree  
Löb, Susanne  
Eidam, Julia  
Riethmüller, Patrick

Dezernentin III  
Kreisrat  
Kreisbaurat  
Pressesprecher  
Gleichstellungsbeauftragte  
Protokollführerin

**Es fehlen:****CDU-Fraktion**

Eichenlaub, Günter  
Rautmann, Dirk

**AfD-Fraktion**

Heid, Klaus-Dieter

**SPD-Fraktion**

Brandes, Katrin  
Fahlbusch, Susanne  
Hausmann, Michael  
Keye, Bernfried  
Münch, Janna

## **Tagesordnung:**

### **Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 2, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 14. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages am 14.01.2019
5. Anfragen
  - 5.1. Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)
  - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 17 GO)
6. Antrag der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN: "Biodiversität und insektenfreundliche Bepflanzung und Pflege auf landkreiseigenen Liegenschaften"  
Vorlage: XVIII-0415/2019
7. Antrag der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN: "Landkreis Wolfenbüttel als sicherer Hafen"  
Vorlage: XVIII-0418/2019
8. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion: "Aufnahme Gelber Seiten in das Heimatbuch"  
Vorlage: XVIII-0416/2019
9. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: "Memorandum "Niedersachsen für Europa"  
Vorlage: XVIII-0417/2019
10. Abschluss neuer öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen mit der Stadt Wolfenbüttel sowie den Gemeinden und Samtgemeinden betreffend die Förderung von Kindern in Kindertagesstätten im Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVIII-0399/2018
11. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion  
hier: "Umsetzung des Organisationsgutachtens im Bildungszentrum"  
Vorlage: XVIII-0401/2019
12. Einrichtung einer Fachoberschule Gesundheit und Soziales - Schwerpunkt Sozialpädagogik an der "Carl-Gotthard-Langhans-Schule" - Berufsbildende Schulen des Landkreises Wolfenbüttel - zum 01.08.2019  
Vorlage: XVIII-0408/2019
13. Breitband - Einrichtung von 25 W-LAN-HotSpots im Landkreis Wolfenbüttel; hier: Ergebnis der Umfrage und Mittelverwendung  
Vorlage: XVIII-0325/2018/1
14. Neubau des Betriebsgebäudes des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Wolfenbüttel (ALW)  
Vorlage: XVIII-0409/2019
15. Antrag CDU-Kreistagsfraktion  
hier: "Verbesserung der Onlinedienstleistungen des Landkreises Wolfenbüttel"  
Vorlage: XVIII-0402/2019
16. Abschaffung der Jagdsteuer im Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVIII-0403/2019

17. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 5h GO)
  18. Einwohnerfragestunde (§§ 18, 5 i GO)
- 

## **Öffentliche Sitzung**

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Ganzauer eröffnet um 18:00 Uhr die 15. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages und heißt die Erschienenen herzlich willkommen.

Vorsitzender Ganzauer führt an, dass die KAbge. Brandes, G. Eichenlaub, Fahlbusch, Hausmann, Heid, Keye, Münch und Rautmann entschuldigt fehlen. KAbg. Albinus erscheint verspätet.

Vorsitzender Ganzauer gratuliert im Namen des Kreistages KAbge. Deitmar, Plumeyer und Schulz nachträglich zu ihren Geburtstagen.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 2, 5b GO)**

Vorsitzender Ganzauer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (5c GO)**

Vorsitzender Ganzauer stellt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung fest.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

#### **Beschluss:**

Die Tagesordnung wird genehmigt.

### **TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 14. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages am 14.01.2019**

Vorsitzender Ganzauer bittet unter TOP 5.1 Einwohnerfragestunde um Korrektur des Namens eines Einwohners. Die Nachfrage zum Osterfeuer in Cremlingen habe Herr Konrad Segger und nicht wie im Protokoll wiedergegeben Herr Konrad Sänger gestellt.

Weitere Änderungswünsche werden nicht vorgetragen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

## **Beschluss:**

Das Protokoll über die 14. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages wird unter der o.a. Korrektur des Namens genehmigt.

## **TOP 5     Anfragen**

### **TOP 5.1   Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)**

Herr Heinrich Neumann nimmt Bezug auf seine laufende Beschwerde beim Landkreis Wolfenbüttel und fragt nach, ob ein Marschbefehl in Richtung sozialpsychiatrischer Dienst und Polizei das richtige Mittel seien mit Beschwerden umzugehen.

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass solch ein Vorgehen nicht grundsätzlicher Art, sondern jeweils im Einzelfall zu betrachten sei.

### **TOP 5.2   Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 17 GO)**

KAbg. Stoppok erfragt die Situation und die Haltung der Kreisverwaltung hinsichtlich des ehemaligen Falkenheims in Denkte, da dieses zum Verkauf stehe. Es werde nachgefragt, ob der Landkreis Wolfenbüttel bzw. die Samtgemeinde Elm-Asse ein Vorkaufsrecht besitzen und ob hinsichtlich des Jugendzeltplatzes ein Erwerb dieser Liegenschaft in Erwägung gezogen werde, auch um diese vor einem möglichen Verkauf an rechte Zusammenschlüsse oder Organisationen zum Schnäppchenpreis zu schützen? Zudem werde nachgefragt, ob bereits Vereine oder Organisationen mit Konzepten bzw. Anfragen zu eventuellen Fördergeldern an den Landkreis Wolfenbüttel oder an die Stiftung Zukunftsfonds Asse herangetreten seien? Falls ja, wie werden diese Konzepte beurteilt?

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass sowohl der Landkreis Wolfenbüttel als auch die Samtgemeinde Elm-Asse ein Vorkaufsrecht besitzen und derzeit der Erwerb durch die Kreisverwaltung geprüft werde, insbesondere hinsichtlich der Nutzung des Jugendzeltplatzes. Es sei eine Idee für die Verwendung des Geländes bekannt. Zunächst müssten jedoch die Eigentumsverhältnisse geklärt werden. Der Landkreis Wolfenbüttel plane nicht, Betreiber einer kommenden Einrichtung zu werden.

KAbg. Nagel verweist auf einen abgelehnten Antrag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 12.10.2012, das Areal des nordwestlichen Elm als Naturschutzgebiet auszuweisen, und der daraufhin erfolgten Vereinbarung, regelmäßig Begehungen im FFH-Gebiet „Nordwestlicher Elm“ durchzuführen. Weiterhin sei festgelegt worden, nach fünf Jahren eine Überprüfung zum Zustand des Gebietes durchzuführen. Es werde nachgefragt, wann mit dem Bericht und den Vorstellungen des Managementplanes Elm mit Ergebnissen der Abstimmung zwischen den Eigentümern, Verbänden und den Niedersächsischen Landesforsten zu rechnen sei?

Kreisbaurat Schillmann antwortet, dass über die Begehungen in den jeweiligen Ausschüssen regelmäßig berichtet werde und dass bereits im Jahr 2014 eine Grundkartierung durchgeführt wurde und für 2020 eine weitere Kartierung vorgesehen sei. In diesem Zuge werde auch der vereinbarte Managementplan für das Gebiet aufgestellt und der Kreispolitik vorgestellt.

KAbg. Barnstorf-Brandes nimmt Bezug auf den noch folgenden Antrag der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN zum Thema Biodiversität und der insektenfreundlichen Bepflanzung und Pflege

landkreiseigener Grünflächen. Es werde nachgefragt, ob die Kreisverwaltung die Straßenränder und Böschungen schlegele, welches zur Vernichtung der meisten sich hier aufhaltenden Lebewesen führe, anstelle diese schonend zu mähen? Da die Landwirte bereits vor geraumer Zeit in einem Empfehlungsschreiben gebeten wurden, die Feldränder nicht zu schlegeln, sondern zu mähen, sollte der Landkreis Wolfenbüttel mit gutem Beispiel vorangehen.

Kreisbaurat Schillmann antwortet, dass die Kreisverwaltung die Grünflächen sowohl schlegele als auch mähe. Die Anregung werde jedoch gerne mitgenommen.

KAbg. Löhr stellt eine Frage zum ÖPNV im Kreisgebiet und insbesondere zur Preisstufe im Regionalverkehr zwischen Haverlah und Salzgitter Bad. Es werde nachgefragt, warum Bürgerinnen und Bürger aus Haverlah für eine Busfahrt nach Salzgitter Bad die Preisstufe 2 zahlen müssten, während Bürgerinnen und Bürger, die aus Ringelheim über Haverlah nach Salzgitter Bad fahren nur Preisstufe 1 zahlen? Es werde um Klärung im Regionalverband gebeten.

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass das Thema Tarifstrukturen bereits im Regionalverband aufgegriffen werde, um etwaigen Ungerechtigkeiten begegnen zu können. Für die morgige Verbandsratssitzung werde dieses Thema gerne mitgenommen. Darüber hinaus sei ein Schreiben der Hauptverwaltungsbeamten im Landkreis Wolfenbüttel an den Regionalverband in Vorbereitung, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen.

KAbg. Försterling erfragt, was die interne Prüfung zur Einsichtnahme in das Organisationsgutachten des Bildungszentrums ergeben habe und ob eine Einsichtnahme nunmehr erfolgen könne?

Landrätin Steinbrügge erwidert, dass eine Einsichtnahme in der Kreisverwaltung möglich sei. Da das Gutachten sensible Daten beinhalte, werde von einer Übersendung des Gutachtens abgesehen. Gerne können die Abgeordneten nach Absprache mit Frau Eidam ein Termin zur Einsichtnahme absprechen.

**TOP 6     Antrag der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN: "Biodiversität und insektenfreundliche Bepflanzung und Pflege auf landkreiseigenen Liegenschaften"**  
**Vorlage: XVIII-0415/2019**

KAbg. Barkhau erläutert, warum der Antrag der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0415/2019 ergibt, angenommen werden sollte.

Nach einem kurzen Austausch darüber, dass im Rahmen der Annahme eines Antrages keine inhaltliche Debatte geführt werden dürfe, erklärt KAbg. Oesterhelweg, dass die CDU-Kreistagsfraktion die Annahme des Antrages und eine inhaltliche Beschäftigung mit dem Thema im zuständigen Fachausschuss befürworte.

Vorsitzender Ganzauer lässt über die Annahme des Antrages abstimmen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Der Antrag der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0415/2019 ergibt, wird angenommen und in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung überwiesen.

**TOP 7      Antrag der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN: "Landkreis Wolfenbüttel  
als sicherer Hafen"  
Vorlage: XVIII-0418/2019**

Stellvertr. Landrätin Wagner-Judith erläutert, warum der Antrag der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0418/2019 ergibt, angenommen werden sollte.

KAbg. Lagosky erklärt, dass dieser Antrag landes- bzw. bundesweit gestellt worden sei und entsprechende Diskussionen sehr kontrovers geführt werden. Die CDU-Kreistagsfraktion werde gegen die Annahme des Antrages stimmen, da diese Thematik auf Ebene der EU diskutiert werden müsste.

Vorsitzender Ganzauer lässt über die Annahme des Antrages abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 20 Ja- gegen 18 Neinstimmen nachstehenden

**Beschluss:**

Der Antrag der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0418/2019 ergibt, wird angenommen und in den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration überwiesen.

**TOP 8      Antrag der CDU-Kreistagsfraktion: "Aufnahme Gelber Seiten in das  
Heimatbuch"  
Vorlage: XVIII-0416/2019**

KAbg. Hantelmann erläutert, warum der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0416/2019 ergibt, angenommen werden sollte.

Vorsitzender Ganzauer lässt über die Annahme des Antrages abstimmen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0416/2019 ergibt, wird angenommen und in den Verwaltungsrat des Bildungszentrums überwiesen.

**TOP 9      Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: "Memorandum "Niedersachsen  
für Europa"  
Vorlage: XVIII-0417/2019**

KAbg. Hensel erläutert, warum der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0417/2019 ergibt, angenommen werden sollte.

Vorsitzender Ganzauer lässt über die Annahme des Antrages abstimmen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 34 Ja- gegen 4 Neinstimmen nachstehenden

### **Beschluss:**

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0417/2019 ergibt, wird angenommen und in den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit überwiesen.

### **TOP 10 Abschluss neuer öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen mit der Stadt Wolfenbüttel sowie den Gemeinden und Samtgemeinden betreffend die Förderung von Kindern in Kindertagesstätten im Landkreis Wolfenbüttel Vorlage: XVIII-0399/2018**

KAbg. Albinus erläutert die Vorlage XVIII-0399/2018.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

### **Beschluss:**

Die Landrätin wird beauftragt, die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit der Stadt Wolfenbüttel sowie den Gemeinden und Samtgemeinden betreffend die Förderung von Kindern in Kindertagesstätten entsprechend der Anlage 1 zur Vorlage XVIII-0399/2018 zu schließen.

### **TOP 11 Antrag der FDP-Kreistagsfraktion hier: "Umsetzung des Organisationsgutachtens im Bildungszentrum" Vorlage: XVIII-0401/2019**

KAbg. Dr. Wolfrum erläutert die Vorlage XVIII-0401/2019 und weist auf die geänderte Beschlussempfehlung des Verwaltungsrates Bildungszentrum und des Kreisausschusses hin.

Stellvertr. Landrätin Wagner-Judith erklärt im Namen der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN, dass der Antrag nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich sei. Auf den Sitzungen des Verwaltungsrates Bildungszentrum werde seit Oktober 2018 stetig und regelmäßig über die Ergebnisse des Organisationsgutachtens sowie über den aktuellen Stand der Umsetzungen der Ergebnisse berichtet. Keine Fraktion habe dazu je Hinweise oder Kritik geäußert. Das Gleiche gelte für das Konzept Bildungszentrum 2025, welches unter der Beteiligung der neuen Leitung umgesetzt werden solle. Mit diesem Antrag werde nunmehr der Eindruck erweckt, dass der Kreistag dem Bildungszentrum auf den Weg helfen müsste. Entsprechend lehne die Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN den Antrag ab, da die Umsetzungsgruppe auf einem sehr guten Weg und der Kreistag stetig über entsprechende Vorlagen in Entscheidungen eingebunden sei.

KAbg. Försterling ruft in Erinnerung, dass der Kreistag das Organisationsgutachten auf Initiative der FDP-Kreistagsfraktion in Auftrag gegeben habe. Schlussendlich sei es die Aufgabe des Kreistages über die Höhe des Zuschusses an das Bildungszentrum aus dem Kernhaushalt zu entscheiden, wonach es ebenfalls Aufgabe des Kreistages sei, aus dem Gutachten entsprechende Schlüsse zu ziehen und zu überwachen, ob alle Institutionen richtig arbeiten. Denn die Kosten trage im Endeffekt der Steuerzahler. Gerne hätte die FDP-Kreistagsfraktion bei der Umsetzung ein schnelleres

Vorgehen befürwortet, jedoch habe man sich nunmehr auf den 31.10.2019 geeinigt. Erneut werde die Einsicht in das komplette Gutachten gefordert, um die Herleitung von Ergebnissen nachvollziehen zu können.

Landrätin Steinbrügge merkt an, dass Kernaussagen und wesentliche Inhalte des Organisationsgutachtens dem Verwaltungsrat durch die Firma Allevio vorgestellt wurden. Der Antrag stelle zwar eine Wiederholung des Arbeitsauftrages der Umsetzungsgruppe dar und sei damit redundant, aber eben auch unschädlich.

KAbg. Hantelmann lobt die Arbeit des Verwaltungsrates des Bildungszentrums und den nachhaltigen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Wohl aber sollte die aktuelle Aufgabenfülle des BIZ näher untersucht werden und ggf. die Strukturen und Angebote verändert werden. Der im Beschlussvorschlag angepasste Zeitpunkt zur Vorlage einer transparenten Kosten- und Leistungsrechnung sowie der beauftragten Darstellung eines möglichen Personalabbaus erscheine realistisch. Persönlich hätte er auf den Antrag verzichten können, die CDU-Kreistagsfraktion werde dem Antrag jedoch zustimmen.

KAbg. Resch-Hoppstock merkt an, dass der Antrag entbehrlich aber unschädlich sei. Die Inhalte des Antrages seien ohnehin Auftrag der Umsetzungsgruppe und werden aktuell abgearbeitet. Eine weitere Bestätigung des Auftrages erscheine daher unschädlich.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 32 Ja-, 5 Neinstimmen und 1 Stimmenthaltung nachstehenden

#### **Beschluss:**

1. Die Landrätin wird beauftragt bis zum 30.10.2019 eine transparente und nachvollziehbare Kosten- und Leistungsrechnung für alle Bereiche des Bildungszentrums vorzulegen.
2. Die Landrätin wird beauftragt bis zum 30.10.2019 darzustellen, wie der laut Gutachten vorhandene Personalüberhang abgebaut werden kann.
3. Die Landrätin wird beauftragt bis zum 30.10.2019 das Ergebnis der Prüfung einer Rückführung des Bildungszentrums in die allgemeine Verwaltung vorzulegen.

#### **TOP 12 Einrichtung einer Fachoberschule Gesundheit und Soziales - Schwerpunkt Sozialpädagogik an der "Carl-Gotthard-Langhans-Schule" - Berufsbildende Schulen des Landkreises Wolfenbüttel - zum 01.08.2019; Vorlage: XVIII-0408/2019**

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage XVIII-0408/2019.

Landrätin Steinbrügge informiert darüber, dass aktuell bereits 26 Anmeldungen für den neuen Ausbildungsgang vorliegen. Dies sei eine gute Ausgangslage.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

#### **Beschluss:**

An der „Carl-Gotthard-Langhans-Schule“ – Berufsbildende Schulen des Landkreises Wolfenbüttel – wird mit Beginn des Schuljahres 2019/2020 zum 01.08.2019 die Schulform „Fachoberschule Gesundheit und Soziales – Schwerpunkt Sozialpädagogik“ errichtet (Klasse 11 ab 01.08.2019, Klasse 12 ab 01.08.2020).

**TOP 13 Breitband - Einrichtung von 25 W-LAN-HotSpots im Landkreis  
Wolfenbüttel; hier: Ergebnis der Umfrage und Mittelverwendung  
Vorlage: XVIII-0325/2018/1**

KAbg. Wolff erläutert die Vorlage XVIII-0325/2018/1 und weist auf die geänderte Beschlussempfehlung im Betriebsausschuss und im Kreisausschuss hin.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Die noch zur Verfügung stehenden Investitionsmittel aus dem Aufbau der 25 Hot Spots in Höhe von 134.600 € werden für den Aufbau von max. 5 weiteren Hot Spots zur Verfügung gestellt und die danach verbleibenden Investitionsmittel werden für den weiteren Breitbandausbau mit FTTB/FTTH, z.B. für Schulen, Gewerbegebiete, Neubaugebiete etc., im Landkreis Wolfenbüttel verwendet.

**TOP 14 Neubau des Betriebsgebäudes des Abfallwirtschaftsbetriebes  
Landkreis Wolfenbüttel (ALW)  
Vorlage: XVIII-0409/2019**

KAbg. Wolff erläutert die Vorlage XVIII-0409/2019.

KAbg. Meyn erklärt, dass in dem Neubau nicht nur Räumlichkeiten für den ALW, sondern eben auch für die Finanzabteilung der Wirtschaftsbetriebe, den Breitbandbetrieb (BLW) sowie für die Stiftung Zukunftsfonds Asse (ZfA) vorsehe, welche aktuell beengt in den Räumen auf dem Kirchencampus untergebracht seien. Der Neubau Sorge damit nicht nur für eine räumliche Entzerrung, sondern begegne den aktuellen Misständen. Das aktuelle Gebäude weise weder ausreichende Umkleieräume für alle Mitarbeiter aus noch gebe es einen Umkleideraum für Frauen. Es gebe keinen ausreichenden Platz um die täglichen Einweisungen der Mitarbeiter/innen vorzunehmen. Auch die Energieeffizienz und Wärmedämmung des Gebäudes entspreche bei weitem nicht den aktuellen Vorgaben. Neben diesen Gründen gehe es insbesondere auch um die Wertschätzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese erfüllen tagtäglich eine besonders wichtige und vielfältige Arbeit von welcher der gesamte Landkreis profitiere. Aus den vorgenannten Gründen werde die SPD-Kreistagsfraktion den Neubau befürworten, zumal die stetig anwachsende Mitarbeiterzahl sowie die Aufgabenvielfalt des ALWs, aber auch des BWLs, künftig Räumlichkeiten benötigen werde. Eine Arbeitsplatzreserve werde entsprechend unterstützt, da ein nachträglicher Anbau zusätzliche Kosten verursachen würde.

KAbg. Wolff merkt an, dass die Notwendigkeit des Neubaus unstrittig sei. Das aktuelle Gebäude sei weder zweckgerichtet noch auf die steigende Anzahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgerichtet. Streitig sei jedoch, wie die Bauplanung eingeleitet und vorgestellt wurde. Der Vorlage beigefügt war ein kaum lesbarer Plan in DIN A4 Größe, welcher trotz Nachfrage nicht in einer lesbareren Größe nachgereicht wurde. Weiterhin wurden die Anfragen im Betriebsausschuss zur Wirtschaftlichkeit des Neubaus hinsichtlich des Kellergeschosses, des Daches, des Aufzuges, zu den Sitzungsräumen und dem Archiv sowie zu der geplanten Arbeitsplatzreserve von aktuell 26 % nicht angemessen beantwortet. Stattdessen wurden die Anfragen teils über das Protokoll mit einem Satz und der Nennung von Mehrkosten, im Falle des Pultdaches von 110.000 €, abgetan. Aus Sicht der CDU-Kreistagsfraktion sei dies keine Art und Weise mit Anfragen umzugehen, da aus der Antwort nicht ersichtlich sei, wie dieser Betrag berechnet wurde. Fraglich sei weiterhin ob berücksichtigt wurde, dass Flachdächer maximal 30 Jahre halten. Nach 30 Jahren müsste entsprechend die

Photovoltaikanlage sowie die Warmwasseraufbereitung ab- und wieder aufgebaut werden. Ob solche Gesichtspunkte in die Berechnung eingeflossen seien, sei aktuell nicht nachvollziehbar. Weiterhin wurde bereits im Betriebsausschuss angemerkt, dass der vorliegende Entwurf überholt sei. Bis heute wurde jedoch kein aktualisierter Plan nachgereicht. Schlussendlich gehe es um insgesamt 4 Mio. €, welche durch den Gebührenzahler über die Müllgebühren zu zahlen seien, daher müssten bestehende Fragen vor einer etwaigen Beschlussfassung zunächst erörtert werden. Abschließend werde nachgefragt, ob die einzelnen Maßnahmen in die Ausschreibung bzw. Einzelvergabe gehen oder ob eine EU-weite Vergabe geplant sei?

KAbg. Dr. Wolfrum erklärt ebenfalls, dass die Notwendigkeit des Neubaus unstrittig sei. Ob eine Wertschätzung gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jedoch mit einem Investitionsvolumen von 4 Mio. € gezeigt werden müsse, sei fraglich. Dies könne nicht das Hauptargument für einen Neubau sein. Die AfD-Kreistagsfraktion habe hinterfragt, ob die Kosten von 4 Mio. € nicht weiter begrenzt oder andere sinnvolle Maßnahmen eingesetzt werden könnten. Die Kosten von 4 Mio. € scheinen jedoch realistisch und sparsam geplant. Daher sei es richtig nun einmalig Gelder zu investieren und einen zukunftsträchtigen Neubau zu errichten.

KAbg. Bosse fasst zusammen, dass es nicht mehr um das ob, sondern um das wie gehe. Er sei überzeugt, dass die Verwaltung bemüht sei, im Sinne des Gebührenzahlers, einen Zweckbau und keinen Palast zu errichten. Über ein Flachdach könne diskutiert werden, jedoch würde sich ein solches gut in die Umgebung einfügen. Es sei die Aufgabe des Kreistages den Kostenrahmen im Blick zu behalten, damit der Gebührenzahler nicht mehr als notwendig belastet werde. Die Bauplanung und -ausführung werde hingegen als Aufgabe der Verwaltung und entsprechender Fachleute gesehen. Der Neubau sei ein wichtiges Signal gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ein großes Stück Wertschätzung.

KAbg. M. Koch erklärt, dass die Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und das marode Gebäude unstrittig seien. Jedoch wurde bislang erfolgreich von den richtigen und wichtigen Anfragen der KAbge. Fricke und Wolff im Betriebsausschuss abgelenkt, welche nicht ausreichend beantwortet wurden. Es werde weiterhin angezweifelt, ob ein Bau ohne Keller mit Erd- und Obergeschoss sowie einem Satteldach wirklich teurer sei. Schlussendlich könne die CDU-Kreistagsfraktion ohne eine ausreichende Beantwortung der entscheidenden Anfragen keine positive Entscheidung treffen, daher werde beantragt, dass

„die Planung des Betriebsgebäudes und die Kalkulation unter Berücksichtigung der Anregungen der CDU-Kreistagsfraktion überarbeitet und dem Kreistag erneut über den Fachausschuss und den Kreisausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden.“

Landrätin Steinbrügge erklärt, dass sich der Kreistag im Grundsatz einig sei und einen Neubau befürworte. Ausgehend von 85 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ALWs plane die Verwaltung nicht mit einer Arbeitsplatzreserve von 26 %, sondern lediglich von 6 %. Es gehe um eine Grundsatzentscheidung, ob die Pläne weiterverfolgt und entsprechende Mittel dafür freigegeben werden sollen. Details der Bauplanung und -ausführung sollten nicht den Kreistag beschäftigen. Die Baukosten von 2.200 €/qm zeigen, dass es bei dem Neubau um einen funktionalen Zweckbau handle. Der aktuell vorliegenden Entwurfsplanung seien intensive Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu den Anforderungen vorausgegangen. Die vorliegende Entwurfsplanung sei jedoch nicht das Ende. Weitere Modifikationen und Optimierungen werden vorgenommen. Als Beispiel werde die Überlegung zum Standort des Gebäudes angeführt. Durch die Verschiebung des Gebäudes könne der aktuelle Bau zunächst für die Bauzeit erhalten bleiben und auf Container verzichtet werden.

KAbg. Oesterhelweg nimmt Bezug auf den Flächenfraß und die aktuelle Wohnungsknappheit. Es gehe darum, wie Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Eine Fläche unter dem Dach könnte weiter genutzt und als Arbeitsplatzreserve vorgesehen werden. Dies sei mit einem Flachdach nicht möglich. Praktisch sei die vorliegende Planung nicht nachvollziehbar und die offenen Anfragen der

CDU-Kreistagsfraktion nicht ausreichend beantwortet. Es könne nicht nur Aufgabe der Kreispolitik sein, Gelder zur Verfügung zu stellen und die Ausgestaltung der Verwaltung zu überlassen.

KAbg. Lagosky merkt an, dass der Kreistag bereits einige Millionenentscheidung getroffen habe und es durchaus die Aufgabe der Kreispolitik sei, solche Bauprojekte zu beurteilen und nachzufragen. Die entscheidenden Fragen wurden jedoch noch nicht geklärt, wonach nochmal im Betriebsausschuss diskutiert werden sollte. Erst im Anschluss könne bei der Entscheidung im Kreistag ggf. positiv votiert werden. Heute müsste sich die CDU-Kreistagsfraktion enthalten.

Kreisbaurat Schillmann ergänzt, dass der ALW, aufgrund neuer Baugebiete und neuen Aufgaben weiter anwache und zudem immer weiblicher werde. Auch der Breitbandbetrieb müsse seine Prozesse und Abläufe optimieren, welches die Kreispolitik noch vor der Sommerpause beschäftigen werde. Dies seien alles auch Fragen von ausreichenden Räumlichkeiten. Mit der Vorentwurfsplanung gebe es nun ein belastbares Zahlenwerk, welche die festgestellten Bedarfe günstig und praktisch berücksichtige. Es gehe heute darum zu entscheiden, ob mit dieser Vorentwurfsplanung weiter gearbeitet werden sollte oder nicht. Über die Ausgestaltung des Daches könne sicher gestritten werden und es sei gewissermaßen auch eine Frage der Philosophie. Es gebe verschiedene Varianten und gute Argumente sowohl für ein Flachdach als auch für ein Satteldach. Die Vorentwurfsplanung sei daher keineswegs abschließend. Andere Varianten seien denk- und machbar. Auch über das Kellergeschoss könne durchaus gestritten werden. Jedoch werde die vorliegende Entwurfsplanung favorisiert. Die Sanitäranlagen werden dabei weiterhin im Keller untergebracht, so wie es aktuell ebenfalls der Fall sei und die Büromitarbeiterinnen und –mitarbeiter im Erdgeschoss. Es gebe gute Gründe für ein Kellergeschoss, da Grundwasser an dem Standort kein Thema sei und der Keller damit nicht verklankert werden müsste, was Kosten einspare. Hinsichtlich des angesprochenen Flächenfraßes gebe es ökologische und praktische Gründe so zu bauen wie vorgeschlagen. Weitere Geschosse würden weitere Ausweisungen von Parkplätzen nach sich ziehen. Es werde daher empfohlen heute so wie vorgeschlagen zu entscheiden, da von einer weiteren Diskussionsrunde keine anderen Erkenntnisse erwartet werden.

Zu der Anfrage von KAbg. Wolff werde bestätigt, dass kein Generalunternehmen mit dem Neubau beauftragt werden solle, sondern die einzelnen Gewerke ausgeschrieben werden, um Mittelständlern und Unternehmen vor Ort die Möglichkeit zu geben, mitzubieten.

KAbg. Försterling erklärt abschließend, dass alle die Auffassung vertreten, dass ein Neubau notwendig sei. Ein gewisser Unmut, beispielsweise zu der Raumreserve, könne nachvollzogen werden, jedoch stelle sich tatsächlich die Frage, ob Politik sich über jede Bürogröße unterhalten müsste. Um einen Kompromiss zu erzielen werde daher nachgehende Beschlussergänzung vorgeschlagen:

Die Landrätin wird beauftragt im weiteren Verfahren Kostenoptimierungen zu prüfen und dem Betriebsausschuss hiervon in den nächsten Sitzungen regelmäßig zu berichten.

Vorsitzender Ganzauer lässt sodann über den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 12 Ja gegen 22 Neinstimmen und 4 Stimmenthaltungen nachstehenden

### **Beschluss:**

Der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion wird abgelehnt.

Vorsitzender Ganzauer lässt sodann zeitgleich über die Ergänzung der FDP-Kreistagsfraktion und dem Beschlussvorschlag abstimmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 12 Stimmenthaltungen nachstehenden

**Beschluss:**

1. Dem Neubau eines Betriebsgebäudes des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Wolfenbüttel (ALW) einschließlich der Erstellung der notwendigen Außenanlagen mit einem Gesamtvolumen von brutto 4 Mio. Euro wird zugestimmt.
2. Die Landrätin wird beauftragt im weiteren Verfahren Kostenoptimierungen zu prüfen und dem Betriebsausschuss hiervon in den nächsten Sitzungen regelmäßig zu berichten.

**TOP 15 Antrag CDU-Kreistagsfraktion  
hier: "Verbesserung der Onlinedienstleistungen des Landkreises  
Wolfenbüttel"; Vorlage: XVIII-0402/2019**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0402/2019.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt,

- sich aktiv an der Umsetzung der Anforderungen aus dem Onlinezugangsgesetz zu beteiligen,
- die personellen und materiellen Voraussetzungen dafür im Landkreis zu schaffen,
- die Zusammenarbeit mit den Verwaltungen der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden zu suchen,
- zusätzliche Onlinedienstleistungen bereits vor 2022 anzubieten und
- den Kreistag regelmäßig über die Fortschritte zu unterrichten.

**TOP 16 Abschaffung der Jagdsteuer im Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVIII-0403/2019**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage XVIII-0403/2019.

KAbg. Nagel erklärt, dass Jagdpächter Jagdnutzer seien und mit der Jagd Einkünfte erwirtschaften. Es sei nicht nachzuvollziehen, warum diese Einkünfte nicht versteuert werden sollten. Der maßgebliche Wert zur Erhebung der Jagdsteuer sei der Jagdwert, d.h. der vom Pächter zu entrichtende Pachtpreis. Wer käme für das Defizit bei Abschaffung der Steuer auf? Die Bemühungen der Jägerschaft seien zweifelsohne zu würdigen. Daraus eine Steuerbefreiung abzuleiten, sei jedoch absurd.

KAbg. Stoppok gibt an, dass die Kreistagsfraktion DIE LINKEN dem Antrag nicht zustimmen werde. Natürlich könne hinterfragt werden, ob es sich bei der Jagdsteuer um eine zeitgemäße Steuer handele, zumal in dieser Region damit kein großer Gewinn zu erzielen sei. In der Begründung des Antrages werde angeführt, dass die Mehrerlöse den ehrenamtlich tätigen Jägerinnen und Jägern zu Gute kommen sollen. Dies werde kritisch gesehen. Daher hätte die Kreistagsfraktion DIE LINKE lieber eine Förderung von Maßnahmen im Bereich Natur- und Klimaschutz, anstelle der Abschaffung der Jagdsteuer, befürwortet.

KAbg. Lagosky hebt die Verdienste der Jägerschaft für die Natur- und Kulturlandschaft sowie die Verkehrssicherungsmaßnahmen im Landkreis Wolfenbüttel hervor. Aktuell liege die Höhe der Jagdsteuer bei jährlich etwa 43.000,00 Euro. Der Aufwand der Kreisverwaltung müssten noch gegen den Ertrag gerechnet werden. Daher sollten die Leistungen der Jägerschaft honoriert und die Steuer abgeschafft werden.

KAbg. H.Koch erklärt, dass die SPD-Kreistagsfraktion die Abschaffung unterstützen werde. Auch wenn sich die SPD eher eine Entlastung der Jägerinnen und Jäger in Hinblick auf die veterinärmedizinischen Untersuchungskosten der Wildschweinpopulationen gewünscht hätte.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich mit 29 Ja-, 8 Neinstimmen und 1 Stimmenthaltung nachstehenden

### **Beschluss:**

1. Die Jagdsteuer im Landkreis Wolfenbüttel wird mit Ende des laufenden Jagdjahres am 31.03.2019 abgeschafft.
2. Die anliegende Aufhebungssatzung zur Jagdsteuersatzung vom 23.06.2009 wird beschlossen.

### **TOP 17 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 5h GO)**

Landrätin Steinbrügge weist auf den Flyer zur Braunschweiger Landpartie am 28.04.2019 hin. Eine rege Beteiligung sei wünschenswert.

### **TOP 18 Einwohnerfragestunde (§§ 18, 5 i GO)**

Herr Dieter Lorenz nimmt Bezug auf das Heimatbuch 2019 und fragt nach, ob dieses noch durch die Gelben Seiten ergänzt oder ob es ggf. eine kleinere Extraausgabe der Gelben Seiten geben werde?

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass es dieses Jahr keine Ergänzungen geben werde. Der Verwaltungsrat des Bildungszentrums werde sich mit der Thematik befassen und einen Vorschlag erarbeiten.

Herr Heinrich Neumann äußert seinen Spendenwunsch zu Gunsten des Bildungszentrums und hätten diese gerne direkt vor Ort abgegeben.

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass jederzeit eine Spende zu Gunsten des Landkreises oder auch des Bildungszentrums per Überweisung unter Angabe eines Verwendungszwecks möglich sei.

Vorsitzender Ganzauer schließt die öffentliche Sitzung um 19:52 Uhr.

Vorsitzender Ganzauer eröffnet die nicht-öffentliche Sitzung um 19:53 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer/in